Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Rede
Kiel, 16.11.2017

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Der Sozialstaatsgedanke sollte eine tragende Säule der europäischen Zusammenarbeit sein

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 19 - Die Zukunft der EU-Finanzen und ihre Auswirkungen auf Schleswig-Holstein

„Wenn wir über Geld reden, dann müssen wir zu aller erst über Inhalte reden!"

Die EU-Kommission hat, wie wir jetzt bereits gehört haben, ein Reflexionspapier vorgelegt. Dieses Reflexionspapier, welches sich ausschließlich dem Thema EU-Haushalt widmet, beruht auch auf einem ausgearbeiteten Papier zur Zukunft der EU, welches von Mario Monti und eine Hand voll anderer hochrangiger EU-Politikern präsentiert wurde. Zudem steht das Reflexionspapier der EU-Kommission in Zusammenhang mit dem Weißbuch der Kommission, welches am 1. März 2017 öffentlich präsentiert wurde. Auch hier geht es wieder um die Zukunft der EU. Und auch der französische Präsident Macron hat vor zwei Monaten eine Grundsatzrede zur Zukunft der Europäischen Union an der Pariser Universität Sorbonne gehalten. Und jetzt am Montag war in den Medien zu lesen, dass EU-Parlamentspräsident Tajani ebenfalls einen Vorstoß zum Thema Zukunft und

EU-Finanzen gemacht hat. Es lässt sich unschwer erkennen, dass das Thema Zukunft der EU derzeit rege diskutiert wird. Und das ganz zu Recht. Die Herausforderungen sind groß. Die Ansprüche und Erwartungen ebenso. Von daher gilt es die aktuelle Debatte erst einmal zu begrüßen, auch weil sie sozusagen auch von innen heraus getragen wird.

Die grundlegende Frage, die in dem genannten Reflexionspapier der EU-Kommission gestellt wird lautet: Wofür sollte der EU-Haushalt verwendet werden? Und wie viel Geld braucht ein EU-Haushalt? Dabei mag es wenig überraschen, dass von Seiten der Verfasser ganz klar mitschwingt, dass mehr Geld für den EU-Haushalt vonnöten ist. Doch ehe man sich nun auf eine technische Debatte stürzt und um ein Prozent mehr oder weniger an Beiträgen für den EU-Haushalt streitet, sollte es doch vor allem um Inhalte gehen. Für uns als SSW steht zu mindestens fest: Wenn wir über Geld reden, dann müssen wir zu aller erst über Inhalte reden! Denn was nützt ein reformierter und technisch hochmodern ausstaffierter Haushalt, wenn die Inhalte nicht Konsens sind?

Dabei ist es doch seit Jahrzenten zur allgemeinen Praxis in den Mitgliedsstaaten, die heimische Politik verstärkt nach den Fördertöpfen der EU zu richten. Es wird zunehmend darauf geachtet, wo, wann und vor allem wie man hier etwas abgreifen kann. Verstehen Sie mich nicht falsch, eine solche Vorgehensweise mag nicht weiter verwerflich sein. Jedoch werden die eigentlichen politischen Inhalte in einer solchen Situation viel zu kurz gehalten. Das ist aus unserer Sicht durchaus bedauerlich. Dabei sollte es doch darum gehen, die EU als eine soziale Staatengemeinschaft zu verstehen, in dem nicht nur die Fördertöpfe regieren, sondern der Sozialstaatsgedanke eine tragende Säule der europäischen Zusammenarbeit bildet. Die EU sollte daran arbeiten, das Leben in der gesamten Union lebenswert zu machen und dabei den Aspekt der sozialen Gerechtigkeit zu forcieren. Der Grundgedanke muss sich ändern innerhalb der Mitgliedsstaaten und auch der Umgang miteinander muss sich ändern. Jedoch lässt sich ein solches Ziel weder mit einer gesetzlichen Regelung erreichen, noch mit einem Reflexionspapier. Ein solcher Gedanke kann nur von unten her wachsen. Die kommende Bundesregierung sollte daher in Zukunft auch vermehrt das Gespräch suchen, mit Mitgliedsstaaten die vielleicht nicht zu den engsten Partnern in der Europapolitik gehören. Wir im schleswig-holsteinischen Landtag werden das Handeln der kommenden Bundesregierung diesbezüglich sicherlich, ganz genau beobachten.

Eins ist klar: Die Rufe nach der Frage der Zukunft der Europäischen Union werden immer lauter. Die unterschiedlichsten Vorschläge diesbezüglich liegen auf dem Tisch. Es muss sich etwas verändern, um die Integrität der Union auch in Zukunft sichern zu können. Die aktuelle Debatte um eine

Reform ist eine Chance, die wir auch nutzen sollten.